



## Newsletter

07.09.2023

**Liebe Chinainteressierte,**

muss man sich immer auf eine Seite schlagen? Ja, auf die Seite des Klimaschutzes und derjenigen, deren Stimmen nicht gehört werden. Wir tun das auf unserer AIIB-Konferenz am 20. September in Berlin (siehe Termine), denn öffentliche Geldgeber tragen Verantwortung. Wir demonstrieren am 19.9. vorm Kanzleramt, damit kein Steuergeld weiter in dreckige Energie fließt. Ihr seid herzlich eingeladen, teilzunehmen (14:00/ Kanzleramt). In der chinesisch initiierten Bank steht Deutschland an vierter Stelle der Anteilseigner.

Weiter erfahrt ihr in unserem Newsletter, wie das historische Referendum in Ecuador chinesische Ölinvestoren vertreiben kann, warum es keinen Stopp der chinesischen Kohleinvestitionen gibt und was wir von der deutschen Chinastrategie halten.

Damit ihr euch selbst ein Bild machen könnt

Eure/Ihre Nora und Judith (mit Praktikantin Sarah Hilsenbeck)

Themen im Newsletter:

[Klima](#)

[Chinas Kohle- und Stahlindustrie](#)

[Chinesische Banken und Investitionen](#)

[Berichte aus unserer Arbeit](#)

[Follow-ups](#)

[Artikel aus dem Archiv](#)

# Klima

## Extremwetter in China

Nordchina ist dieses Jahr von Extremwetterereignissen betroffen. Ende Juli starben wegen des Taifuns Doksuri mit **Starkregen** in Beijing, Xinhua und Hebei 20 Menschen. 33 weitere werden vermisst. Überschwemmungen beschädigten Wohnhäuser und rissen Autos mit sich. Dem Starkregen war im Juni eine Hitzewelle vorausgegangen. An 17 Wetterstationen in Beijing, Tianjin, Hebei und Shandong wurden mit bis zu 41,1°C neue Höchsttemperaturen für diese Jahreszeit gemessen. Steigende Temperaturen in Folge der Erderwärmung führen dazu, dass sich Taifune langsamer bewegen, wie eine 2018 in Nature veröffentlichte Studie zeigt. Dies erhöht die Gefahr von gefährlichem Starkregen.

## Internationale Treffen in Bonn und Paris enttäuschen

Die **Bonner Klimaverhandlungen** im Juni zur Vorbereitung auf die COP28 waren eine Enttäuschung. „6 Monate vor der COP sind die Anstrengungen zum Ausstieg aus den Fossilien auf Punkt Null“, war das Fazit eines Teilnehmers. Auch die Allianz der Kleinen Inselstaaten (AOSIS) kritisierte, wie wenig der letzte IPCC-Bericht Eingang in die Schlussstatements gefunden habe. Die wirtschaftliche Belastung für die Länder des Globalen Südens war ein Hauptstreitpunkt: So gab es keine Einigung über die Ausgestaltung des auf der COP27 beschlossenen „Loss and Damage-Fund“. China bestand auf einer Aufstockung der finanziellen Unterstützung durch die „entwickelten Länder“. Eine weitere Enttäuschung war der Gipfel für einen **neuen globalen Finanzpakt** in Paris mit Fokus auf Multilaterale Banken, der ebenfalls im Juni stattgefunden hatte. **urgewalts Fazit:** Der Gipfel konnte keine Zeitenwende in der globalen Finanzarchitektur einleiten. Der Ausstieg aus den fossilen Energien und wirksame Maßnahmen gegen die Klimakrise waren kein Thema. Die Beteiligung von Gruppen aus dem Globalen Süden war schlecht koordiniert, interessierte Teilnehmer\*innen erhielten verspätete oder kein Visum oder wurden gar nicht erst zugelassen.

---

## Chinas Kohle- und Stahlindustrie



Kohlekraftwerk

## China steigert Kohlekonsum trotz Klimaversprechen

Trotz Überkapazitäten, schwacher Rentabilität und Klimazielen: Der chinesische Stahlsektor, verantwortlich für die Hälfte der weltweiten Stahlproduktion, investiert **100 Milliarden US-Dollar** in Stahlwerke, die auf Kohle basieren. Das Center for Research on Energy and Clean Air (CREA) kritisiert, dass dies Chinas Ziel gefährde, bis 2060 CO<sub>2</sub>-neutral zu sein. Auch auf dem **chinesischen Kohlemarkt** steigen Importe trotz des erhöhten heimischen Angebots. In den ersten vier Monaten des Jahres stiegen Chinas Kohleimporte im Vergleich zum Vorjahr um 89%. Verschiedene Faktoren, darunter ein erhöhter Kohleverbrauch, die Wiederaufnahme der Exporte aus Indonesien und der Bedarf an Auffüllung der Lagerbestände, tragen zu diesem Trend bei. Dies unterstreicht die Notwendigkeit eines Strategiewechsels sowohl im Stahl- als auch im Kohlesektor.

ZAHL DES MONATS

**2 Kohlekraftwerke**

pro Woche genehmigte China in 2022

## Lichtblicke: Zivilgesellschaftlicher Erfolg und Emissionsreduzierungen

Die Industrial and Commercial Bank of China (ICBC) zieht ihre 300 Millionen US-Dollar schwere Finanzierung aus dem in Pakistan liegenden **Shanghai Thar Coal Block-1** zurück. Das neu errichtete Kraftwerk wurde im Mai wegen technischer Mängel in den Kohleminen stillgelegt. Zivilgesellschaftliche Akteur\*innen wie die „**ICBC go clean**“-Kampagne, an der

auch urgeward beteiligt war, hatten lange für einen Ausstieg der ICBC aus dem Projekt gekämpft. Eine weitere gute Nachricht ist die Wiederbelebung des freiwilligen chinesischen Systems für Emissionsgutschriften ([China Certified Emission Reductions \(CCER\)](#)). Nach einer sechsjährigen Pause ist dieser Schritt von entscheidender Bedeutung für Chinas Markt für Emissionszertifikate. Das CCER ermöglicht die Quantifizierung und den Handel mit CO2-Reduktionen aus verschiedenen Projekten, die bis zu 5 % der Verpflichtungen der Emittenten abdecken. Seit der Einführung des Systems im Jahr 2012 wurden bis 2017 über 1.000 Projekte registriert, wobei Windenergie und Photovoltaik dominieren.



ICBC-Gebäude in Shanghai: (c) Flickr

---

## Chinesische Banken und Investitionen

### Chinesische Banken

Chinesische Banken werden mit den [ökologisch riskantesten Projekten](#) der Welt in Verbindung gebracht. Ab Juni müssen chinesische Banken jedoch die Green Finance Guidelines umsetzen, eine Umweltregulierung der chinesischen Bankenaufsicht, die für die Kreditvergabe von Banken im Ausland gilt. Die Richtlinien untersagen die Finanzierung von Projekten mit erheblichen Risiken. China behauptet, dass die grünen Finanzrichtlinien die strengsten der Welt seien. Fraglich ist, welche Kriterien für „Projekte mit Risiken“ angelegt werden, denn diese beziehen sich meist nur auf die fiskalischen Risiken. Auch hapert es bei der Implementierung. Eine weitere Entwicklung in der chinesischen Finanzwelt stellt die im August eingeweihte chinesische Regulierungsbehörde, die [National Financial Regulatory Administration \(NFRA\)](#), dar. Offenbar fand hier ein „re-branding“ der State Administration for Financial Regulation (SAFR) statt ([urgeward berichtete](#)). Li Yunze, der bereits die SAFR leitet, wurde zum Chef der NFRA ernannt. Li kündigte an, „eine eiserne Mauer der finanziellen Sicherheit zu errichten“. Bei der Zeremonie wurde Wang Jiang als geschäftsführender Vizedirektor des Büros der Zentralen Finanzkommission vorgestellt. Dieses soll dem obersten

Entscheidungsgremium der Partei unterstellt werden. Ebenfalls Teil der Korruptionsbekämpfung ist die [Zentrale Kommission für Disziplinaraufsicht \(CCDI\)](#). Diese gab eine vernichtende Bewertung der Korruption beim größten politischen Kreditgeber des Landes, der Chinesischen Entwicklungsbank (CDB). Die Bank habe sich von ihrem Kerngeschäft und ihren Hauptaufgaben entfernt, und es fehle an wirksamen Überwachungs- und Kontrollmechanismen.

## Bergbau, Staudämme und Menschenrechte

Ein [Bericht](#) des Business & Human Rights Resource Centre beleuchtet die chinesischen Investitionen in Energiewende-Mineralien wie Kupfer, Kobalt und Lithium – und verweist auf zahlreiche Vorwürfe von Missständen. Zwei Drittel der Vorwürfe betreffen Menschenrechtsverletzungen gegenüber lokalen Gemeinschaften und indigener Bevölkerung. Negativer Umwelteinfluss und Verletzungen von Arbeitnehmer\*innenrechten werden ebenfalls kritisiert. Auch von China finanzierte Wasserkraftprojekte stehen in der Kritik aufgrund von Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen. Der norwegische Ethikrat empfahl den [Ausschluss](#) der Power Construction Group of China aus Investitionen aufgrund schwerwiegender Umweltauswirkungen des Batang Toru-Wasserkraftwerks in Indonesien. Des Weiteren sandten zivilgesellschaftliche Gruppen im Juli einen Bericht an den UN-Sonderberichterstatter, der die anhaltenden Bedenken indigener Gemeinschaften über das [Tanahu-Wasserkraftprojekt](#) in Westnepal hervorhebt. Dieses Projekt wird von mehreren Organisationen, darunter die Asiatische Entwicklungsbank und die Europäische Investitionsbank, finanziert. [Urgewald](#) arbeitet hierzu gemeinsam mit [Partnern in der Region](#).

## Historisches Referendum in Ecuador

Am 20. August 2023 fand in Ecuador ein historisches Volksreferendum über die Ölförderung im Yasuní-Nationalpark statt. Die Ecuadorianer\*innen stimmten für den Stopp der Ölförderung im Ishpingo-Tambococha-Tiputini-Gebiet (ITT). Bereits seit Jahrzehnten setzen sich lokale Gruppen in Ecuador gegen die Ölförderung im Amazonas ein. Der Yasuní-Nationalpark zählt zu den artenreichsten Urwäldern der Welt. Ebenso ist er das Zuhause von indigenen Völkern, unter anderem den Tagaeri und Taromenane, die jeden Kontakt zur restlichen Zivilisation ablehnen. Seit 2016 sind die China Petroleum & Chemical Corporation (Sinopec) und die Chuanqing Drilling Engineering Company (CDEC, Tochtergesellschaft der China National Petroleum Corporation) im [ITT-Block](#) tätig. Dies steht im Zusammenhang mit Krediten und Darlehen, die Ecuador von der China Development Bank (CDB) und der Commercial Bank of China (ICBC) abhängig von Ölverkaufsverträgen erhielt. Bis Februar 2022 beliefen sich die Schulden Ecuadors gegenüber China auf rund 5 Milliarden US-Dollar, wovon 41,5% an Ölzahlungen gebunden sind. Die Ölförderung im ITT-Block muss jetzt jedoch innerhalb eines Jahres gestoppt und alle Bohrlöcher verschlossen werden.



Karte Yasuní National Park (c) [latsustainable.org](https://latsustainable.org)

## Berichte aus unserer Arbeit

### urgewald und asiatische NGO-Partner beim Jahresnetzwerktreffen zu ADB/AIIB in Thailand

Im August nahm urgewald an der vom NGO Forum on ADB organisierten 5-tägigen Strategie- und Netzwerkkonferenz in Bangkok teil. Im Fokus standen die beiden multilateralen Banken, die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) und die Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB). Details können [hier](#) nachgelesen werden.

### Treffen mit Außenministerin Baerbock

Beim Treffen des [#ForumMenschenrechte](#) Ende August in Berlin holten sich Bundesaußenministerin Annalena Baerbock und ihre Parteikollegin Luise Amtsberg, MdB ([BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN](#)) einige „Hausaufgaben“ ab: Gemeinsam mit Partner-NGOs trug urgewald-Expertin Nora Sausmikat Anliegen zu 45 Ländern und 17 Querschnittsthemen vor und übergab zwei Aide Memoires zum Thema China und zivilgesellschaftliche Räume bei den Just Energy Transition Partnerships (JETP). Wir forderten unter anderem: die Fortsetzung der Verhandlungen zur Freilassung vietnamesischer Klimaaktivist\*innen im JETP-Geberkreis, einen konsequenten Einsatz für die Einbeziehung der zivilgesellschaftlichen Organisationen bei der Entscheidungsfindung und Umsetzung der gerechten Energiewende.



Treffen des #ForumMenschenrechte in Berlin

## Konferenz: "New kid on the block: AIIB after 7 years of operation"

Die Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) ist nun seit sieben Jahren tätig. Ein kritisches Fazit sowie einen Ausblick wollen wir auf einer Konferenz am 20. September in Berlin wagen. Gäste sind u.a. Exekutivdirektoren der AIIB und Bundestagsabgeordnete. Mitveranstalter sind das Deutsche Institut für Menschenrechte, das NGO Forum on ADB, CLEAN, CEED, und Growthwatch. Vertreter\*innen dieser Organisation aus Bangladesh, Indien, den Philippinen und Kambodscha berichten über Erfahrungen mit der Bank. Die Teilnahme ist kostenlos und für Essen und Getränke ist gesorgt.

Interessierte können sich unter diesem [Link](#) registrieren.  
Das Konferenzprogramm ist [hier](#) zu finden.  
Fragen gern an: [nora.sausmikat@urgewald.org](mailto:nora.sausmikat@urgewald.org)



*"I felt the power of the [Communist] Party people interfered with our ability to clearly and transparently communicate"*

Ex-AIIB Kommunikationschef Bob Pickard nach seiner Flucht aus China

## Kommentar zur Chinastrategie der Bundesregierung

Am 13. Juli 2023 beschloss die Bundesregierung ihre erste Chinastrategie, nach reichlicher Verspätung. Wie urgewald diese bewertet kann [hier](#) nachgelesen werden.

## AIIB lädt urgewald ein

Im Juni 2023 haben sich die europäischen Stimmrechtsgruppen Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) unter Vorsitz Italiens in Rom getroffen. urgewald, als europäische Koordinatorin der zur AIIB arbeitenden Zivilgesellschaft, war als geladener Gast vor Ort. Ein Bericht erscheint in Kürze auf unserer Webseite.

---

## Follow-ups

### Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz

Wie bereits im letzten Newsletter [berichtet](#), gab es Kritik an der Umsetzbarkeit des seit 1. Januar geltenden Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes. Nun hat das European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) [Beschwerde](#) gegen VW, BMW und Mercedes Benz beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) eingereicht. Die Unternehmen, die laut dem neuen Gesetz dazu verpflichtet sind, menschenrechtliche Sorgfaltspflichten entlang der Lieferketten einzuhalten, hätten nicht genügend getan, um das Risiko von Zwangsarbeit in der Autonomen Uigurischen Region Xinjiang zu verhindern. Unterstützt wird die Beschwerde vom Weltkongress der Uiguren (WUC) und dem Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre. Miriam Saage-Maaß, Legal Director beim ECCHR, sagt: „Solange es keine glaubwürdigen und wirksamen Sorgfaltsprüfungsmechanismen gibt, sollten Unternehmen ihre Geschäftsaktivitäten dort einstellen.“ Wir begrüßen es, dass in der neuen [Chinastrategie](#) festgehalten ist, dass Investitionsgarantien und Zölle an die Einhaltung von Menschenrechten geknüpft werden und bei strategischen geopolitischen Risiken die Deckung der Investitionsrisiken auch zurückgenommen werden kann.



# Neues Handbuch für Vermittlungs- und Konsultationsmechanismus im Bergbau

Für den von der Chinesischen Handelskammer der Importeure und Exporteure von Metallen, Mineralien und Chemikalien (CCCCMC) entwickelten sektorweiten Vermittlungs- und Konsultationsmechanismus ist ein [Handbuch](#) erschienen. Herausgegeben wird es von den US-NGOs Accountability Counsel und Inclusive Development International. Wie im letzten Newsletter [erläutert](#), verspricht der neue Mechanismus mehr Transparenz und Recht in der chinesischen Bergbauindustrie. Das Handbuch möchte Einzelpersonen und lokale Gemeinschaften anleiten und dazu befähigen, den Mechanismus auch zu nutzen.

---

## Artikel aus dem Archiv

### USA und China: Taiwan-Konflikt

Der Konflikt zwischen den USA und China um Taiwan schwelt weiter. So genehmigten die USA Anfang dieses Jahres die Lieferung von Waffen im Wert von [619 Millionen US-Dollar](#), darunter Raketen für F-16-Kampfflugzeuge an den Inselstaat. Die Waffenlieferungen sollen Taiwan dabei unterstützen, seinen Luftraum zu verteidigen und für mehr regionale Sicherheit zu sorgen. China reagierte mit Sanktionen gegen die beteiligten Rüstungskonzerne. Zusätzlich will das US-amerikanische Militär mehr Soldat\*innen nach Taiwan senden, um die Ausbildung taiwanesischer Soldat\*innen zu intensivieren. China reagierte mit einer besonders hohen Zahl an Flugzeugen, welche in die taiwanesishe Luftverteidigungszone eindrangen.



## Spenden

Wir haben in Fonds von Deka Investment Rüstungsschmieden und Klimakiller-Konzerne wie Rheinmetall, Northrop Grumman, Uniper oder RWE gefunden. Fordern Sie gemeinsam mit uns: Deka Investment, keine Investitionen in Rüstung und Kohle!

[Jetzt spenden](#)

## Tipps am Rande

### Podcast: The World

Der US-Sondergesandte für Klimafragen John Kerry besuchte China, um Lösungen für die Gefahren des Klimawandels zu finden. Der innenpolitische Druck aber macht es schwierig, eine Einigung zu erzielen.

### **MERICS-Podcast: Wie China mit Sanktionen umgeht.**

Internationale Sanktionen sind im vergangenen Jahrzehnt häufiger eingesetzt worden zwischen den USA, der EU und China. Die Sanktionen gegen Russland im Zusammenhang mit seiner Invasion in der Ukraine haben Fragen ihrer Einhaltung oder Umgehung durch China aufgeworfen. Es ist also höchste Zeit, sich mit Beijings Umgang mit diesem Instrument zu befassen.

urgewald e.V.  
Nora Sausmikat  
Von-Galen-Str. 4  
48336 Sassenberg  
Deutschland

[chinadesk@urgewald.org](mailto:chinadesk@urgewald.org)  
<https://www.urgewald.org/>

Wenn Sie diese E-Mail (an: [unknown@noemail.com](mailto:unknown@noemail.com)) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese [hier](#) kostenlos abbestellen.